

Antragsteller/in: GS Herborn

Der 25. Ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die IG Metall ist eine politische Bewegung und hat sich friedenspolitisch zu positionieren – Eine Debatte ist angesichts des Krieges in der Ukraine überfällig

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine findet ein Krieg inmitten Europas statt. Ein Krieg, der wie andere auch - für die Menschen und derzeit für die ukrainische Bevölkerung Vertreibung und unermessliches Leid bedeutet. Ein sinnloser Krieg, in dem täglich Soldaten beider Seiten verwundet und getötet werden. Die Gefahr, dass sich dieser Krieg ausweitet und auch die Gefahr, dass aus diesem Krieg ein Atomkrieg erwächst, kann niemand ausschließen. Mit Blick auf mögliche weitere territoriale Expansionsbestrebungen der Russischen Föderation wäre allerdings auch die Einstellung sämtlicher Waffenlieferungen an die Ukraine und ein vollständiger militärischer Sieg Russlands nicht frei von Risiken.

Obwohl die deutsche Gesellschaft bezüglich der Waffenlieferungen an die Ukraine gespalten ist, wird dies im medialen Diskurs nur sehr unzureichend abgebildet. Selbst die öffentlich-rechtlichen Medien, die gesellschaftspolitische Verhältnisse einzuordnen haben und eine wichtige Informationsquelle für die Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung leisten sollen, werden ihrem Auftrag kaum gerecht.

Der Krieg kann nicht losgelöst von geopolitischen Interessen gesehen werden; er ist einerseits Ausdruck eines von Putin betriebenen Revanchismus und russischem Großmachtstreben. Er entwickelt sich aber zunehmend auch zum einem Treiber der Neuordnung globale Machtverhältnisse. Hintergrundinformationen zu den geopolitischen Interessen aller an diesem Konflikt direkt oder mittelbar beteiligten Parteien werden jedoch kaum vermittelt. Außerdem ist Kritik an der gegenwärtigen Politik in den Medien unterrepräsentiert. Nicht selten werden Menschen, die diplomatische Initiativen einfordern, diffamiert und an den Pranger gestellt. Über Krieg und Frieden in der Ukraine debattieren vornehmlich Journalist*innen mit Befürworter*innen von Waffenlieferungen.

Es ist zu vermuten, dass es auch innerhalb der IG Metall unterschiedliche Auffassungen bezüglich der Waffenlieferungen an die Ukraine gibt. Das ist jedoch kein Grund, um in der Öffentlichkeit in Schweigen zu verharren. Es geht um die Wirkmächtigkeit der IG Metall im politischen Raum. Deshalb ist eine Debatte und Positionsbestimmung unausweichlich.

Klar ist:

- Wir sind gegen eine dauerhafte Aufstockung des deutschen Rüstungshaushalts auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber hinaus.
- Wir stellen uns gegen einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf.
- Wir treten dafür ein, dass auch nach diplomatischen Lösungen gesucht wird.
- Wir befürworten die wirtschaftlichen Sanktionen gegen das russische Regime.

Der Krieg hat sich zu einem Abnutzungskrieg entwickelt. Viele Expert*innen gehen davon aus, dass der militärische Konflikt noch lange andauern könnte ohne dass eine der beiden Parteien signifikante Gebietsgewinne verzeichnet.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich Fragen, zu denen wir uns als IG Metall positionieren müssen:

- Wie kann der Krieg schnellstmöglich beendet werden, unter welchen Voraussetzungen sind Friedensverhandlungen möglich?
- Welche Position vertreten wir beim Thema Waffenlieferungen?
- Was sind für uns rote Linien, die nicht übertreten werden dürfen, wenn wir nicht selbst Kriegspartei werden sollen?
- Die IG Metall hat sich immer für Rüstungskontrolle, für Abrüstung und für eine restriktive Rüstungsexportpolitik eingesetzt. Halten wir an dieser Position fest?
- Solange die russische Seite auf den eroberten Gebieten beharrt, kann es keinen einigermaßen gerechten Frieden geben. Ein vollständiger militärischer Sieg der Ukraine gilt jedoch als eher unwahrscheinlich. Die Frage nach den Kriegszielen drängt sich förmlich auf, ist bislang aber bislang unbeantwortet geblieben.
- Wie könnte ein Friedensprozess initiiert und eine noch zu schaffende Friedensordnung gesichert werden? Kann es nach dem Krieg wieder Kooperationsbeziehungen mit Russland geben und – wenn ja – wie sollten diese aussehen?

Obwohl im IG Metall-Vorstand im Frühjahr vergangenen Jahres nach Kriegsbeginn eine friedenspolitische Positionsbestimmung angekündigt wurde, ist dies bisher nicht geschehen. Es gibt seit Kriegsbeginn in unserer Gewerkschaft keinen angemessenen Austausch über das Thema. Wenn die IG Metall als gesellschaftspolitischer Akteur wahrgenommen werden will, ist eine Positionierung zu Krieg und Frieden unerlässlich.

Zudem gebietet das auch §2 der IG Metall-Satzung:

Sie bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und setzt sich für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit ein.

Die Antragstellenden fordern den Vorstand auf, eine Debatte gemäß der *EntschlieÙung E2.001 Gesellschaftspolitik* des 24. Ordentlichen Gewerkschaftstages zu initiieren. Dort heißt es: (...) „Dabei eint uns die Überzeugung, dass Krieg und der Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen keine Mittel zur Konfliktbewältigung sind. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss sich im Bewusstsein ihrer historischen Verantwortung für Frieden in der Welt und insbesondere in Europa einsetzen.“ⁱ

Die Antragstellenden fordern, dass Vorstand der IG Metall Formate, wie Veranstaltungsreihen zur Friedenspolitik anbietet, um unterschiedliche Facetten von Konflikten im Besonderen und Allgemeinen zu darzustellen und in der Fläche zu diskutieren.

ⁱ a.a.o., 2.1.2.6., Für eine verantwortungsbewusste Friedenspolitik